

VOLKSBLATT

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL 9494 Schaan
Telefon +423 217 51 51
Fax Redaktion +423 217 51 55
Mail Redaktion redaktion@volksblatt.li
Fax Inserate +423 217 51 66
Mail Inserate inserate@volksblatt.li
Internet http://www.volksblatt.li

Amtliches Publikationsorgan • 124. Jahrgang, Nr. 99

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

FREITAG

«Damit die Gewalt aufhört!»

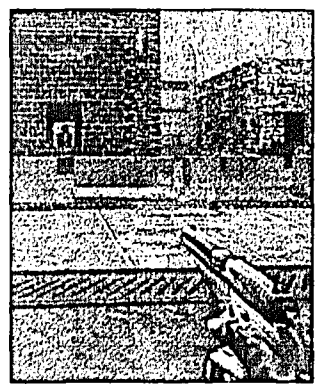
Im Verlauf der letzten 10 Jahre fanden 279 Frauen und 319 Kinder im Frauenhaus Unterkunft, Schutz und Hilfe. Das Frauenhaus Liechtenstein konnte im vergangenen Jahr sein 10-jähriges Bestehen feiern. Der Jahresbericht 2001 erzählt in erster Linie von den Aktivitäten anlässlich des Jubiläums. Seite 5

Hoffen, Bangen, Nervenflattern



FUSSBALL: In Europas Fussball-Oberhäusern befinden sich die Spitzenmannschaften auf der Zielgeraden, die Meisterschaft vor Augen. Seltener Zufall: In Italien, Spanien, England, Frankreich und Deutschland ist im Titelduell noch nichts entschieden. Seite 17

«Hexenjagd» auf Gamer



ONLINE: Der Lauf eines schweren Sturmgewehrs schiebt sich in einen dunklen Gang. Plötzlich springen zwei Uniformierte um die Ecke. Mit einem Mausklick oder einem Druck auf die Enter-Taste werden sie erschossen. Szenen wie diese aus dem Computerspiel Half-Life sind typisch für Ego-Shooter oder 3D-Shooter, die nach dem Amoklauf in Erfurt wieder einmal ins Gerede gekommen sind. Seite 25

REKLAM

Warum Miete zahlen?

Ihre eigenen vier Wände sind zum Greifen nah.

www.waldeck.li

Richtungsweisender Termin

Verfassungsrevision: Heute Nachmittag bespricht sich Verfassungskommission mit dem Landesfürsten

Die Bemühungen um die Verfassungsrevision gehen wohl in die vorentscheidende Phase: Die Verfassungskommission des Landtages wird mit dem Landesfürsten das Positionspapier erörtern, das die Kommission im Lichte der Landtagsdebatte vom letzten Dezember erarbeitet hat.

Martin Frommelt

Am 20. Dezember 2001 hat der Landtag die Regierungsvorlage in erster Lesung behandelt. Die

Hälfte der rund 30 Änderungsartikel gab damals zu keinerlei Diskussion Anlass. Bei rund zehn Artikeln wurde jedoch heftig darüber debattiert, ob diese nun eine Schwächung oder eine Stärkung der Demokratie bedeuten würden. Die grössten Knackpunkte: Das geplante Verfahren zur Richterbestellung (Artikel 11) sowie die vorgesehene Abschaffung der Auslegungskompetenz des Staatsgerichtshofes in Bezug auf die Verfassung (Artikel 112).

Nach der ersten Lesung hat der Landtag eine Kommission bestellt, um das Gespräch mit

dem Fürsten zu suchen. Der Kommission gehören Landtagspräsident Klaus Wanger, Helmut Konrad und Markus Büchel (alle FBP) sowie Landtagsvizepräsident Peter Wolff und Ingrid Hassler-Gerner (beide VU) an. Wie anfangs Woche zu erfahren war, hat die Kommission unter Einbezug des Regierungschefs in acht Sitzungen ein Positionspapier erarbeitet, das die im Landtag geäußerten Bedenken berücksichtigt und einen aus Sicht des Landtages gangbaren Lösungsweg aufzeigen soll. Dieses Papier wurde dem Landesfürsten vor einigen Tagen übermittelt.

Über den Inhalt wurde Vertraulichkeit vereinbart.

Im Juni im Landtag?

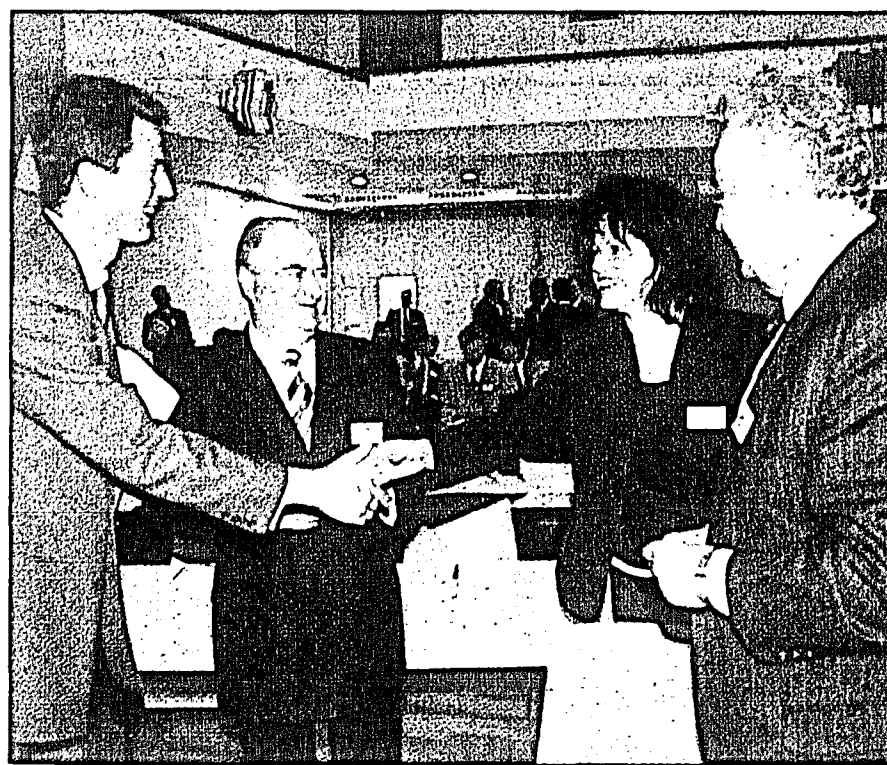
Ziel der Kommission war (und ist) es, die zweite Lesung der überarbeiteten Regierungsvorlage Mitte Juni im Landtag durchzuführen. Ob an diesem Fahrplan festgehalten werden kann, hängt nun vom Ergebnis des Gesprächs mit dem Landesfürsten ab. Möglicherweise wird der heutige Gesprächstermin nicht ausreichen, es sei denn, das Fürstenhaus lehnt eine substantielle Nachbesserung der Regierungsvorlage ab. Falls sich die Hoffnungen auf eine

Annäherung erfüllen, wird es mit dem Juni-Landtag knapp. Gemäss Geschäftsordnung des Landtages müsste die überarbeitete Vorlage spätestens drei Wochen vor der Debatte, in diesem Fall Ende Mai, den Abgeordneten zugestellt werden.

Im optimistischen Fall wird die zweite Lesung somit in der Sitzung vom 19. bis 21. Juni durchgeführt. Sofern dann bei den einzelnen Artikeln das nötige Quorum von 19 Stimmen erreicht wird, könnte die Schlussabstimmung im Rahmen einer Sondersitzung durchgeführt werden, die am 4. Juli stattfinden soll.

Das angeblich «verflixte» siebte Jahr gut überstanden

6. Liechtensteiner Europa-Symposium in Vaduz: Interessante Informations- und Diskussionsplattform



Dem Europa-Symposium wohnte auch S. D. Erbprinz Alois bei, der hier von Veranstalter Hans Brunhart, Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und von Referent Siegfried Alber begrüsst wird. (Bilder: Paul Trummer)



Das 6. Liechtensteiner Europa-Symposium, das insbesondere den Individualrechten in der EU und im EWR, der EU-Steuerharmonisierung und der Zukunft der EFTA gewidmet war, lockte gestern über 100 Interessierte in den Vaduzer Saal.

Nach Einschätzung von Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck konnte sich Liechtenstein erfolgreich in die Partnerschaft EWR einbringen und diesen Status rechtlich wirksam

absichern. «Wir haben nicht nur das angeblich verflixte siebte Jahr der EWR-Mitgliedschaft gut überstanden, sondern wir können davon ausgehen, dass wir auch über eine gute Basis

für unsere zukünftige Entwicklung verfügen», hielt Rita Kieber-Beck gestern am Liechtensteiner Europa-Symposium in Vaduz fest. An dem von Fürst-Rat Hans Brunhart und Prof. Dr.

Carl Baudenbacher bereits zum 6. Mal organisierten und von über 100 Teilnehmern besuchten Symposium referierten und diskutierten verschiedene Experten über den Schutz von

Bürgern und Unternehmen in der EU und im EWR, die EU-Steuerharmonisierung aus der Sicht von Nicht-Mitgliedstaaten sowie über die Rolle und die Zukunft der EFTA. Seite 3

Lehrerstreik in Vorarlberg

Über 50 Pflichtschulen blieben gestern wegen Warnstreiks geschlossen

DORNBIRN: In Vorarlberg hat die im Vorjahr gegründete Unabhängige Bildungsgewerkschaft (UBG) gestern mit einem Warnstreik erstmals von sich reden gemacht.

Mehr als 50 der rund 250 Pflichtschulen blieben geschlossen, mehr als 1000 Teilnehmer – die Veranstalter sprachen sogar von 2000 Personen – beteiligten sich mit Transparenten wie «Es läuft verGehrt» an einer Kundgebung auf dem Marktplatz von Dornbirn. Be-

merkenswert: Die Proteste der Lehrer richten sich nicht nur gegen die Bildungspolitik der Regierung und des Landes, sondern auch gegen die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), die den Streik abgelehnt hat.

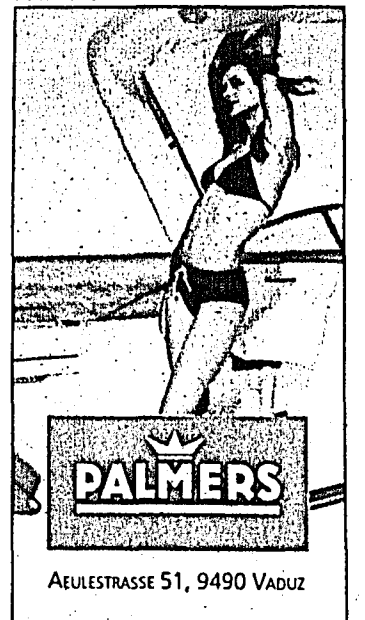
Die UBG hat nach eigenen Angaben über 1000 Mitglieder, den grössten Teil davon in Vorarlberg. Zu den wichtigsten Streik-Forderungen gehören eine Gehaltserhöhung von jeweils zehn Prozent in den kommenden drei Jahren, die deutliche

Steigerung des Lebens Einkommens für Lehrer, die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 und die Finanzierung von Supplimenten, Kustodiaten und Korrekturen. Als ersten Erfolg des Streiks interpretiert die UBG die Zusage des Landes Vorarlberg, die durch den Finanzausgleich erfolgten Kürzungen im Schulbereich abzufedern und dafür in den kommenden Jahren jeweils eine Million Euro aus Landesmitteln einzusetzen. Keine Unterstützung findet

der Streik bei der GÖD, den Elternvereinen an den Pflichtschulen oder den Sozialdemokratischen Lehrervertretern. Bildungsministerin Vorarlbergs Schul-Landesrat Siegi Stemer hielt den Protest unter Hinweis auf das Dienstrecht für nicht zulässig.

Die Proteste sollen noch ausgeweitet werden. Am 30. Mai (Fronleichnam) wollen die Vorarlberger Pädagogen mit einem Sonderzug nach Wien fahren und Kundgebungen vor Ministerien abhalten.

REKLAM



PALMERS

AEULESTRASSE 51, 9490 VADUZ